

SVP will Sozialhilfe eindämmen



SVP-Vertreter an der Neujahrsmedienkonferenz: Kantonsräte Ruedi Zbinden, Kurt Baumann und Vico Zahnd sowie Nationalrätin Verena Herzog. (Bild: Reto Martin)

Die SVP will bei den Sozialausgaben auf die Kostenbremse treten. Die Gemeinden sollen die Höhe der Sozialhilfe unabhängig der Skos-Richtlinien festlegen. Das schaffe die Basis für echte Solidarität, findet Nationalrätin Verena Herzog.

SILVAN MEILE

Artikel weiterempfehlen

facebook

twitter

MAIL

FRAUENFELD. «Die Sozialwerke gleichen einem schwerkranken Patienten, dessen Zustand sich ständig verschlechtert», sagt SVP-Nationalrätin Verena Herzog. Und die Behandlung koste immer mehr. «Jeder dritte Bundesfranken wird heute für soziale Wohlfahrt ausgegeben», sagt Herzog. Diese Kosten seien von 14 Milliarden Franken im Jahr 2000 auf 21 Milliarden Franken im Jahr 2013 angestiegen. Dieses «Ausufern der Sozialkosten» müsse gestoppt werden. So lautete das Thema der gestrigen Neujahrsmedienkonferenz der Thurgauer SVP. Die Hälfte dieser 21 Milliarden fliessen in die AHV, knapp ein Viertel in die Invalidenversicherung (IV). In der Sozialhilfe hätten sich die Ausgaben in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt, «auf satte 2,4 Milliarden», weiss Herzog.

Mehr Autonomie für Gemeinden

Grund für den Anstieg der Sozialhilfe sind insbesondere die Sanierungen der Invaliden- und der Arbeitslosenversicherung. Herzog nennt andere Gründe:

Verstaatlichung des Sozialen und eine lukrative Sozial-Industrie, die kein Interesse daran habe, die Armut zu bekämpfen, sondern diese bewirtschafte. Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) sei ein Beispiel für die Professionalisierung im Sozialen, mit «völlig überteuerten Gutachten» und fragwürdigen Anordnungen, welche die Gemeinden dann widerstandslos bezahlen müssen. Darin sieht Herzog ein Debakel.

Die Nationalrätin fordert schliesslich, «so viele Sozialkompetenzen wie möglich weg vom Bund zurück an kleinere Einheiten delegieren». Die Gemeinden müssten auch Mitspracherecht bei den Entscheiden der Kesb haben, wie es die SVP in einem Vorstoss vom Bundesrat verlange. Ausserdem sollen die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) höchstens als Empfehlung gelten.

Das verlangt auch Parteikollege und Kantonsrat Vico Zahnd. Die Skos-Richtlinien sollen für die Gemeinden keine verbindliche Bemessungsgrundlage mehr sein. Wenn eine vierköpfige Familie nach bezahlter Wohnungsmiete, Krankenkassen- und Versicherungsprämien noch einen steuerfreien Betrag von 2110 Franken monatlich erhält, wie es gemäss Skos-Richtlinien festgelegt ist, schwinde der Anreiz, überhaupt noch zu arbeiten. «Wie viele Familien mit arbeitenden Eltern haben weniger Geld pro Monat zur Verfügung?», fragt Zahnd rhetorisch. Nach dem Motto «Wer zahlt, befiehlt» müssten die Gemeinden jenseits der Skos-Ansätze die Höhe der Sozialhilfe-Beiträge selber festlegen können, findet der Kantonsrat.

Mit Sparen Solidarität schaffen

Der zunehmende finanzielle Druck auf die Gemeinden spürt auch Kurt Baumann, Kantonsrat und Gemeindeammann in Sirnach. Die Ausgaben für Sozialhilfe hätten sich in seiner Gemeinde seit dem Jahr 2007 verdoppelt. «Die Leistungen der Sozialhilfe sind auf den jeweiligen Gemeindehaushalt abzustimmen», sagt er. Damit könne die Steuerbelastung erträglich gehalten werden. Auch sei eine generelle Arbeitspflicht mit der Sozialhilfe verbunden. Wie Zahnd fordert auch Baumann, dass die Höhe der Sozialhilfe so bemessen sein müsse, dass sich Arbeit in jedem Fall lohne. Damit dürften drastische Kürzungen gemeint sein. Ausserdem seien die Gemeinden auf mehr Transparenz zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden angewiesen. Eine solche sei derzeit viel zu sehr durch den Datenschutz behindert.

Die SVP geht mit dem Bestreben nach einer restriktiveren Sozialpolitik ins neue Jahr. Sie will in erster Linie sparen und dadurch «die Basis für echte – nämlich freiwillige – Solidarität» schaffen, wie Herzog erläutert.